

Liebe Badener, Liebe Schwaben, Liebe Baden-Württembergerinnen

Es freut mich sehr, dass wir heute auch hier in Lörrach gemeinsam mit über 60 anderen Städten deutlich machen, dass Stuttgart 21 ein Problem ist, das auch uns betrifft.

- ⤴ Ich bin mir sicher, dass die über 160 Bäume die im Schlosspark gefällt werden müssten, einen wichtigen ökologischen Naherholungsort dauerhaft vernichten würde.
- ⤴ Für den Bau des Tiefbahnhofs müsste eine 1,35 Kilometer lange und 81 Meter breite Baugrube ausgehoben werden, aus der jährlich 6,8 Millionen Kubikmeter Wasser gepumpt werden müsste, was der Kapazität von 3600 Freibädern entspricht. Dies zeigt, welchen Gefährdungen die Umwelt und die Mineralquellen in Stuttgart ausgesetzt sein würde.
- ⤴ Doch das, was uns heute hier unseren Protest kund tun lässt, ist, dass Stuttgart 21 eine weit größere Dimension aufweist, als es ein bauliches Projekt im Großraum Stuttgart vermuten lässt
- ⤴ Der Protest gegen Stuttgart 21 richtet sich auch gegen einen Politikstil, den die Wählerinnen und Wähler in Baden-Württemberg am vergangenen 27. März eine klare Absage erteilt haben!
- ⤴ So sind die Gesamtkosten von den 1995 vereinbarten 2,5 Milliarden Euro auf die vom Bundesrechnungshof geschätzten 5,3 Milliarden Euro explodiert – und für die Mehrkosten sollen wir Bürgerinnen und Bürger in ganz Baden-Württemberg in Zukunft aufkommen.
- ⤴ Zudem hat die Deutsche Bahn trotz mehrmaliger Aufforderung durch das Land Baden-Württemberg, sowie unserem Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann, über 100 finanzielle Risikopositionen nicht offengelegt.
- ⤴ Dazu gehören erkennbare Baurisiken durch den Tunnelbau in schwerer Geologie und erhöhte Transport- und Deponiekosten, die die Gesamtkosten nochmals deutlich in die Höhe treiben können.

- ♣ Doch wofür sollen diese Milliarden eigentlich ausgegeben werden?
- ♣ Für einen unausgereiften Tiefbahnhof, dessen acht Gleise nie erweitert werden könnten?
- ♣ Für einen Bahnhof für den die Deutsche Bahn bis heute kein funktionierendes Brandschutzkonzept vorgelegt hat und der im Brandfall zur gefährlichen Falle für Rollstuhlfahrer und Eltern mit Kinderwagen werden könnte?
- ♣ Für einen Bahnhof, der durch die geringe Gleiszahl einen integralen Taktfahrplan nach Schweizer Vorbild für die nächsten 100 Jahre unmöglich machen würde?
- ♣ Für einen Bahnhof, bei dem durch die eingleisigen Zubringer jede S-Bahn-Verspätung den Schienenverkehr im ganzen Land behindern würde?
- ♣ Mit den über 930 Millionen Euro an Landesmitteln, die durch Stuttgart 21 gebunden werden, wird das dringend benötigte Geld für einen vernünftigen Ausbau des Schienenverkehrs an anderer Stelle fehlen.

Schließlich kann jeder Euro nur einmal ausgegeben werden!



Die Elektrifizierung der Hochrheinstrecke, der Kandertal-S-Bahn und der Südbahn von Ulm nach Friedrichshafen würde auf Jahre bis Jahrzehnte hinausgezögert. Für den viergleisige Ausbau der Rheintalbahn zwischen Offenburg und Basel, eine der wichtigsten Transitstrecken Europas, würde das notwendige Geld für einen bürgerfreundlichen Ausbau dauerhaft fehlen.

Sollte die Mittelzuteilung im gleichen schleppenden Tempo erfolgen, wie in den vergangenen Jahren, dann kann mit einem Abschluss der Bauarbeiten entlang der Rheintalbahn nicht vor dem Jahr 2050 gerechnet werden!

- ♣ **Das dauert uns zu lange! Das Geld dafür muss schneller nach Südbaden fließen!**

Daher möchte ich Sie und alle Wählerinnen und Wähler aufrufen Werbung zu machen, am 27. November von unserem demokratischen Bürgerrecht Gebrauch zu machen, zur Wahl zu gehen und mit Ja zu stimmen.

- ♣ JA für einen nachhaltigen Umweltschutz in der Region Stuttgart und zum Erhalt des denkmalgeschützten Kopfbahnhofes!
- ♣ JA für einen vernünftigen Umgang mit Steuergeldern !
- ♣ JA für einen modernen Schienenverkehr im ganzen Land !
- ♣ JA für mehr Bürgerbeteiligung und Demokratie, damit die Stimmen der Bürgerinnen und Bürger wieder mehr Einfluss bei den politischen Entscheidungen gewinnen!
- ♣ JA für einen Ausstieg aus Stuttgart 21, einem Bahnhof, gegen den selbst die deutschen Lokführer Protest angemeldet haben!
- ♣ Und JA für eine hohe Wahlbeteiligung. Je höher die Wahlbeteiligung, desto stärker wird die Befriedung dieses Konflikts sein!

Gehen Sie zur Abstimmung am 27. November oder machen Sie von der Briefwahl gebrauch.

Stimmen Sie mit JA!